



Hauptausschuss

39. Sitzung (öffentlich)

13. Dezember 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:50 Uhr bis 13:35 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsanwaltsversorgung, die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer und die Versorgung der Steuerberaterinnen und Steuerberater sowie zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Freistaat Thüringen und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Steuerberater und Steuerberaterinnen des Freistaats Thüringen zum Versorgungswerk der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen (Versorgungswerks-Änderungsgesetz Nordrhein-Westfalen - VersWerkÄndG Nordrhein-Westfalen) 5**

Gesetzentwurf und Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 14/5038

- abschließende Beratung und Abstimmung, Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung

Der Ausschuss billigt die Drucksache 14/5038 einstimmig.

2 Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) und Vollzug der Marktüberwachung/-aufsicht über harmonisierte Bautechnik **6**

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 14/5057

- abschließende Beratung und Abstimmung, Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag zu entsprechen und stimmt dem in der Drucksache genannten Abkommen einstimmig zu.

3 Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes **7**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5584 - Neudruck -

- abschließende Beratung und Abstimmung, Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig zu.

Als Berichterstatter benennt der Ausschuss einstimmig den Abgeordneten Peter Biesenbach (CDU).

4 Die Arbeit der Landesvertretung Nordrhein-Westfalens beim Bund **8**

- Gespräch mit dem Leiter der Landesvertretung in Berlin, Tim Arnold

5 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes **20**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3978

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, die Präsidentin schriftlich über den Verfahrensablauf und den gemeinsamen Änderungsantrag zu unterrichten, erhebt sich kein Widerspruch.

6 Bundesverfassungsgericht deckt Widerspruch bei der Online-Durchsuchung auf - Landesregierung muss Anwendung der Norm aussetzen! **21**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5227

Gegen die Feststellung des Vorsitzenden, dass jetzt vereinbarungsgemäß keine Abstimmungen mehr erfolgen und er den Punkt in die Tagesordnung für die nächste Sitzung wieder aufnehmen wolle, erhebt sich kein Widerspruch.

7 Kosten Landesdesign **23**

- s. auch schriftlicher Bericht in Vorlage 14/1415 -

8 Finanzierung Euregios 2007 - 2013 **25**

- vgl. schriftlicher Bericht Vorlage 14/1425 -

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Punkt zu vertagen.

9 Verschiedenes **26**

a) AdR-Stellungnahme zum Europäischen Forschungsraum: Berichterstattung durch Herrn Abg. Michael Schroeren, stv. Mitglied des AdR **26**

- vgl. Vorlage 14/1399 -

b) Entwurf des 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrages **27**

- s. dazu die Vorlagen 14/1166 und 14/1439 -

- c) **Empfang in der Landesvertretung Berlin anlässlich der Berlinale am 10. Februar 2008** 27
- d) **Anhörung zu dem Thema „Zukunft des Lokalfunks in Nordrhein-Westfalen“** 27
- e) **Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Föderalismuskommission II am Nachmittag des 14. Februar 2008** 28
- f) **Informationsreise des Hauptausschusses nach Bulgarien und Rumänien** 28

* * *

5 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3978

Vorsitzender Werner Jostmeier bedankt sich für die konstruktiven Bemühungen von allen Seiten in einem Obleutegespräch im Nachgang zu der letzten Sitzung des Hauptausschusses. Wie in der letzten Woche bereits erkennbar, seien die Fraktionen inzwischen zu einem gemeinsamen Änderungsantrag für das Plenum zur zweiten Lesung gekommen.

Er schlage vor, als Hauptausschussvorsitzender die Präsidentin schriftlich über den Verfahrensablauf und den gemeinsamen Änderungsantrag zu unterrichten.

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, die Präsidentin schriftlich über den Verfahrensablauf und den gemeinsamen Änderungsantrag zu unterrichten, erhebt sich kein Widerspruch.

